

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33327  
Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage  
Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbst-  
abholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktions-  
erhöhungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns  
das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Lagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Nitrau, Porschtzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: Walter Hiele

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Melanczeile 80 Pfg. Tabel-  
larischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender  
Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“  
„Die Frau und ihre Welt“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisfözung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 61

Bad Schandau, Freitag, den 13. März 1931

75. Jahrgang

## Zür eilige Leser.

\* Wie in Paris verlautet, soll Briand dem deutschen  
Botschafter von Hoesch im Verlaufe der am Donnerstag  
stattgefundenen einständigen Unterredung ausdrücklich ver-  
sichert haben, daß die Frage der Landabrüstung durch  
das Flottenabkommen nicht präjudiziert sei.

\* In den Tagen vom 13. bis 15. März wird in Leipzig  
ein Reichstagskongreß der Gottlosen stattfinden, dessen Veranstalter  
hauptsächlich der Verband proletarischer Freidenker  
Deutschlands ist, der gleichzeitig seinen Reichstagskongreß in Leip-  
zig abhält. Der 15. März ist einem sogenannten „Reichs-  
kulturkongreß“ gewidmet. Das sächsische Innenministerium ist  
von den Kundgebungsplänen in Kenntnis gesetzt. Es hat aber  
keinen Anlaß zu vorbeugendem Einschreiten gesehen. Die Ver-  
anstaltungen werden jedoch unter der Kontrolle der Behörden  
stehen.

\* Vor Beginn einer für Donnerstagabend von der  
NSDAP. Gau Hamburg einberufenen Versammlung bei Sa-  
gebiel, in der der braunschweigische Staatsminister Dr.  
Franzen sprechen sollte, nahm die Polizei im Versam-  
lungsort mehrere hundert Kommunisten fest, die sich  
mit gefälschten Karten Einlaß verschafft hatten.

\* In einer am Donnerstagnachmittag stattgefundenen  
Sitzung der Christlichsozialen Bauernorganisation des Reichs-  
bauernbundes in Wien teilte der österreichische Landwirt-  
schaftsminister Thalner mit, daß er noch am Donnerstag-  
abend sein Rücktrittsgesuch überreichen werde.

## Ergebnis der Woche

Nach diesem schweren Winter, der uns gerade jetzt sein  
Frost- und Schneeregiment fühlen läßt, sehnt sich die ganze  
deutsche Wirtschaft nach einem endlichen Wirtschaft-  
frühling. Es sind auch einige, allerdings noch sehr ver-  
einzelte Anzeichen für ein Wirtschaftserwachen vorhanden.  
Der geringe Rückgang der Arbeitslosenziffer ist dafür nicht  
so ausschlaggebend wie die Tatsache, daß seit einiger Zeit  
eine dauernde Aufwärtsentwicklung an der Börse festzufel-  
ten ist, die eine allgemeinere Befestigung des Kapitalmark-  
tes anzeigt. Das wichtigste ist hierbei ein langamer Rück-  
fluß abgewanderten Kapitals. Sollte sich diese Entwicklung,  
was man verschiedentlich erhofft, fortsetzen, dann dürfte sie  
sich langsam auch in einer Neubelebung einzelner Wirt-  
schaftszweige bemerkbar machen. Eine weitere Belebung  
erwartet man ferner aus den Moskauer Verhand-  
lungen einer deutschen Industriedelegation. Die bisher  
darüber bekanntgewordenen Ergebnisse sehen durchaus  
günstig aus. Die deutschen Industriellen rühmen das große  
Entgegenkommen der Sowjetbehörden und ihre offenbar  
ernste Absicht, mit den deutschen Industriellen ins Geschäft  
zu kommen. Wenn alle noch nicht geklärten Fragen, vor  
allem die der Finanzierung der Lieferungen, ihre Erledi-  
gung gefunden haben werden, würden der deutschen Wirt-  
schaft für etwa 200 bis 300 Millionen Mark Aufträge ge-  
geben werden können, die bestimmt nicht ohne Einwirkung  
auf die Konjunkturgestaltung in Deutschland bleiben könn-  
ten. Das Auslandsgeschäft ist schließlich die einzige Mög-  
lichkeit für die deutsche Wirtschaft, aus der gegenwärtigen  
Stagnation herauszukommen, nachdem der Versuch der  
Belebung des Inlandsabfahes durch Lohn- und Preislen-  
kung als gescheitert angesehen werden muß. Hier haben  
sich eben vorgefaßte Meinungen und langgeübte Gepflog-  
heiten nicht befeitigen lassen. Und schließlich: eine knapp  
zugeschnittene Lohn- und Gehaltslenkung erfüllt nicht da-  
durch besser ihren Zweck, daß man sie mit Gewalt ausdehnt.

Im Reichstag haben sich die Ausschüßberatungen des  
Etats nun so weit entwickelt, daß man bereits die schwieri-  
geren Etatprobleme in Angriff genommen hat. Mit einiger  
Ueberraschung stellte man fest, daß der Wehr- und  
Marineetat eine reibungslose Erledigung fand und  
daß sich dabei in der Betonung der deutschen Wehr- und  
Flottenpolitik eine Einmütigkeit zeigte, wie man sie im  
Nachkriegs-Reichstag kaum erlebt hat. Die große Frage  
bei der Beratung des Marineetats bildete das Panzer-  
schiff B, für das die erste Bau-rate angefordert worden  
ist. Nach den jahrelangen Stürmen, die um die neuen  
Panzerfahrer getobt haben, konnte man kaum damit rechnen,  
daß sich im Reichstag diese Etatposition ohne Aufregung  
und ohne Schwierigkeiten abwickeln würde. Es mag sein,  
daß das Auftreten des Reichswehrministers Groener viel  
dazu beigetragen hat, den Versuch einer Krisenmacherei von  
vornherein zu unterlassen. Sein Wort, daß er mit seiner  
Wehr- und Flottenpolitik stehe und falle, wird bestimmt  
auch im Ausland Eindruck machen. Das um so mehr,  
wenn man die Ausführungen der einzelnen Parteiredner  
von rechts bis links verfolgt. Man kann nämlich mit einiger  
Genugtuung feststellen, daß sich bei verschiedenen Parteien  
die Auffassungen über unsere Wehr- und Flottenpolitik  
grundsätzlich geändert haben. Selbst die Sozialdemokratie  
rückt von einem falschen Pazifismus ab und bekennt sich zu  
einer vernünftigen Wehrpolitik, nachdem sich erheben hat,

daß Deutschlands Nachbarn rundum ihre Rüstungen in nicht  
mehrwertender Weise verstärken. Aus dieser Einmütig-  
keit des Deutschen Reichstages kann jedenfalls das Ausland  
die Folgerung ziehen, daß das deutsche Volk aus den Er-  
fahrungen der letzten zehn Jahre gelernt hat und nicht ge-  
wisst ist, seine Zukunft lediglich von dem guten oder bösen  
Willen seiner Nachbarn abhängig zu machen. Es wiederholt  
sich also auch hier, was wir schon vor einigen Monaten im  
Reichstag erlebten, daß das deutsche Volk in der Vertretung  
seiner außenpolitischen Interessen sich immer mehr zusam-  
menfindet.

Die Betonung dieses Willens war nach den Aussagen  
des französischen Kriegsministers Maginot und des  
früheren französischen Staatspräsidenten Millerand eine  
nationale Notwendigkeit. Frankreich fühlt sich in seiner  
jetzigen Stellung als stärkste Kriegsmacht des Kontinents  
so überlegen, daß es glaubt, auch seine früheren Alliierten  
zwingen zu können, diese militärische Vormachtstellung auch  
für die Zukunft anzuerkennen. Die soeben erfolgte Ver-  
öffentlichung des französisch-italien-

nischen Flottenabkommens und seine Kommen-  
tierung durch den britischen Marineminister zeigen mit  
ziemlicher Klarheit, daß Frankreich an eine wirkliche Ab-  
rüstung nicht denkt. Die Aussagen des britischen  
Marinelords sind auch dazu angetan, in Deutschland einige  
Beruhigung über etwaige Geheimabmachungen für die  
Landabrüstung zu schaffen. Aus der französischen Presse  
mußte man jedenfalls schließen, daß Frankreich in den  
Flottenpakt nur eingewilligt habe, nachdem England ge-  
wisse Zusicherungen in der Frage der Landabrüstung ge-  
geben habe. Jetzt weiß man, daß Frankreich in der U-Boot-  
frage nicht nachgegeben hat, so daß England die Lösung  
dieses Problems für die Abrüstungskonferenz zurückgestellt  
hat. England ist also nicht voll befriedigt von dem Pakt,  
und wenn man die Worte des britischen Marinelords als  
aufrichtig ansieht, dann hinterlassen sie den Eindruck, daß  
England hofft, mit Hilfe anderer abrüstungswilliger Staa-  
ten Frankreich zum Nachgeben zu zwingen. Allerdings  
liegt darin auch die Gefahr, daß Frankreich sich seine  
eventuelle Nachgiebigkeit mit entsprechenden Konzessionen  
für seine Landrüstungen bezahlen lassen wird.

## Wieder einmal Belastungsprobe für Brüning

Ausschuß für sozialdemokratische Steuerforderungen

Berlin, 12. März.

In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit  
der weiteren Entwicklung, die die parlamentarische Lage bis  
zur Erledigung des Etats und der anderen großen Gesetzes-  
vorlagen nehmen wird.

Im Hinblick auf die steuerlichen Forderungen der So-  
zialdemokraten scheinen die Schwierigkeiten im Augen-  
blick größer zu sein.

In Kreisen der bürgerlichen Mitte rechnet man damit, daß  
der sozialdemokratische Vorschlag auf fünfprozentigen  
Zuschlag zur Einkommensteuer für Jahres-  
einkommen über 20 000 Mark eingebracht und gegebenen-  
falls eine sozialdemokratisch-kommuni-  
stische Mehrheit finden dürfte. In diesem Falle dürfte

von rechts her versucht werden, den Reichstag durch  
Verlassen des Sitzungssaales beschlußunfähig zu machen  
und so die Annahme des Antrages zu verhindern.

Reichter liegen die Dinge bei der Forderung auf Erhöhung  
der Einkommensteuer. In unterrichteten Kreisen re-  
chnet man damit, daß dieser Antrag angenommen wird, ohne  
daß die Deutsche Volkspartei ernsthafte Schwierigkeiten  
macht; die Wirtschaftspartei beabsichtigt sogar, für diesen  
Antrag zu stimmen.

Im Steuerauschuß sind jedenfalls beide sozialdemokra-  
tischen Anträge von der Linksmehrheit angenommen  
worden.

Aber noch eine andere Frage kann für den Reichstag  
von erheblicher Bedeutung werden, nämlich die Dauer der  
Reichstagsvertretung. Bisher hatte man angenommen, daß  
auch die Sozialdemokraten einer Vertagung bis in den  
Herbst hinein nichts in den Weg legen würden. Wie nun-  
mehr verlautet, wünschen sie aber, daß

die Parlamentspause zunächst nicht länger als bis kurz  
vor Pfingsten, also bis Ende Mai ausgedehnt wird.

In Kreisen der Reichsregierung wird aber eine längere Ver-  
tagung schon deshalb für notwendig gehalten, weil das Ka-  
binett erst nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen  
an die eigentliche positive Arbeit gehen kann und dann alle  
Kraft für die Ausführung der Gesetzeswerke braucht, die  
der Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage  
dienen sollen.

Der Reichskanzler ist bemüht, einen Ausweg aus diesen  
Schwierigkeiten zu finden,

die sich noch während des letzten Teiles der Reichstags-  
tagung eingestellt haben. Diesem Ziele gilt offenbar auch eine län-  
gere Aussprache, die er mit dem Führer der Deutschen Volks-  
partei hatte.

## Die Entwicklung im Reichstag

Kompromißmöglichkeiten für die Vertagungs-dauer

Berlin, 13. März.

Im Reichstag besprach man Donnerstagsabend lebhaft  
die Ausschüßabstimmung über den Einkommensteuereinzuschlag.  
Man mißt ihr noch keine endgültige Bedeutung bei, da die  
Entscheidung schließlich im Reichstagsplenum liegt. Viel be-  
merkt wird, daß die ausgezeichnete aufgenommene Rede des

Reichsarbeitsministers nichts enthielt, was die Stellung der  
Sozialdemokratie zur Regierung verschärfen konnte.

Im übrigen hat die für Donnerstag ange kündigte Be-  
sprechung des Kanzlers mit den Führern der Sozialdemokra-  
ten bis 7 Uhr abends noch nicht stattgefunden. Es war zu  
dieser Zeit auch noch kein Zeitpunkt dafür vereinbart. Von  
sozialdemokratischen Führern wird bestätigt, daß Meinungs-  
verschiedenheiten mit der Regierung über die Dauer der  
Reichstagsvertretung bestehen. Gewisse Anzeichen sprechen  
aber dafür, daß es gelingen wird, zu einer Verständigung zu  
kommen. Das Kompromiß dürfte etwa auf der Linie lie-  
gen, daß man dem Reichstagspräsidenten den Zeitpunkt der  
Wiedereinberufung des Reichstags überläßt und dahin über-  
einkommt, daß er von dieser Ermächtigung nur dann zu  
einem früheren Zeitpunkt Gebrauch macht, als die Reichs-  
regierung ihn wünscht, wenn besondere Umstände das Zusam-  
mentreten des Reichstags erforderlich machen sollten.

Widerstand gegen neue Steuererhöhungen.

Berlin. Wie die „D.M.Z.“ erfährt, haben die Reichstags-  
abgeordneten der Mittelparteien, die am Donnerstag vom  
Reichskanzler empfangen wurden und mit ihm eine Aussprache  
über wirtschaftspolitische Fragen hatten, erklärt, daß sie  
jede neue Steuererhöhung ablehnen müßten.

## Zweite Sitzung der nationalen Opposition.

Berlin. Aus führenden Kreisen der nationalen Op-  
positionen der Mittelparteien: „Die Vertreter der Reichstags-  
opposition der Nationalsozialisten und Deutsch-  
nationalen, die sich mit den aus der Landvolkpartei  
ausgeschiedenen Abgeordneten am 1. März 1931 zu einer ge-  
meinsamen Besprechung über die allgemeine politische Lage  
und zur Beschlußfassung über das für die Zukunft zu beach-  
tende Verhalten der nationalen Opposition versammelt hatten,  
waren am Donnerstag den 12. März, dem Jahrestag der An-  
nahme des Youngplans, abermals in Berlin zusammenge-  
treten. Sie stellten einmütig fest, daß die Entwicklung genau  
in den Bahnen verlaufen ist, die sie vorausgesehen haben.  
Demzufolge bestand auch keinerlei Veranlassung, die seinerzeit  
gefaßten Beschlüsse irgendeiner Änderung zu unterziehen.  
Es wurde erneut nachdrücklich betont, daß mit dem bloßen  
Fernbleiben von den sogenannten Arbeiten des Rumpfs-  
reichstages die Kampfmittel der nationalen Opposition  
bei weitem nicht erschöpft sind.“

## Die deutschnationalen Bedingungen

Weimar, 13. März

Reichstagsabgeordneter Dr. Oberfohren kam hier in  
einem Vortrag auf die Erklärung des Reichskanzlers Dr.  
Brüning zurück, er habe die Deutschnationalen wiederholt  
aufgefordert, an seiner Regierung im Sinne einer Erweite-  
rung nach rechts teilzunehmen. Nach der Darstellung des  
Abg. Oberfohren habe am 17. Juli 1930 auf Wunsch von  
Hugenberg und Oberfohren eine Besprechung mit Dr. Brü-  
ning stattgefunden, in welcher dem Kanzler von den deutsch-  
nationalen Vertretern erklärt worden sei:

„Wir sind bereit, Ihre Regierung in ihrer Existenz zu  
verlängern und gegen den von der Sozialdemokratie ein-  
gebrachten Mißtrauensantrag zu stimmen. Das soll aber  
nicht sofort geschehen, sondern die Abstimmuna muß hin-